

Grundlagen für das Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsablauf:

- **Pareto-Optimum:**
- Als anerkanntes Kriterium zur Beurteilung von Politikmaßnahmen
- Änderung der Allokation nur, wenn niemand schlechter gestellt wird
- Kein interpersoneller Nutzenvergleich
- Verteilung bleibt unberücksichtigt
- Nutzen nur vom Konsumniveau abhängig
- Voraussetzungen: vollständiger Wettbewerber und Information; keine TAK; keine natürlichen Monopole; keine öffentlichen Güter; keine externen Effekte
- **Marginalbedingungen:**
 - optimaler Tausch: Verhältnis der U' der Güter muss bei allen Gütern gleich und gleich der Preisrelation sein → sonst ist Verbesserung für jemanden möglich → Störung: z.B. spezielle USt
 - optimale Spezialisierung: Verhältnis der U' der Güter muss bei allen Produzenten gleich und gleich der Preisrelation sein → sonst Verbesserung möglich (Produktion unterhalb der Transformationskurve ineffizient → Mehrproduktion ist möglich ohne Produktion anderen Gutes einzuschränken) → Störung: Schutzzölle auf einzelnes Gut
 - optimale Faktorverteilung: Grenzoutput eines PF muss für alle U, die das selbe Produkt herstellen gleich sein → Störung: z.B. Subvention für einzelne U
 - optimale Faktorkombination: Verhältnis des Grenzoutputs der PF muss in allen einsetzenden U gleich und gleich der Preisrelation sein → Störung z.B. Lohn- oder Zinssteuer
 - optimale Produktionsstruktur: Verhältnis sozialer K' von Gütern soll gleich und gleich dem sozialen U' und der Preisrelation sein → z.B. Freizeit weniger Wert als Arbeit → Zeit lieber investieren als konsumieren → Störung: z.B. spezifische Verbrauchsteuer
 - optimales Faktorangebot: Grenzleid der Arbeit bzw. U' der Freizeit bzw. U' der Eigenverwendung eines PF muss gleich dem U' des mit dieser Arbeit produzierten Gutes sein → Störung: z.B. ESt
 - optimale Güternutzung in der Zeit: Verhältnis der U' zweier Güter zu verschiedenen Zeitpunkten muss bei allen Individuen gleich und gleich der Preisrelation (hier: Zinsfaktor) sein → Störung: z.B. ESt
 - braucht Privateigentum; Vertragsfreiheit; Verfügungsrechte über PF und Güter
- **intertemporale Allokation:**
 - Annahme: Präferenz von Gegenwarts- gegenüber Zukunftsgütern
 - Güter haben Nutzen sofort; Kapital verleihen führt zu mehr Konsum später
 - unterschiedliche Zeitpräferenzen erzeugen Kapitalmarkt
 - Kapital ist auf Vorrat angelegte Arbeit
 - optimale intertemporale Allokation hängt nur von Zinsen ab
 - Kapitalkosten: $(\text{Kapitalgutpreis} + \text{Abschreibungsrate}) * \text{Zins} - \text{delta Preis}$
- Eingriffe des Staates: z.B. Steuern; Zölle; Subventionen; Preisbewirtschaftung
- Marktversagen: externe Effekte; unvollständiger Wettbewerb; Verteilungsprobleme
- **Sicherung des Wettbewerbs:**
 - Vollkommene Konkurrenz: $\text{Preis} = K'$ → Monopole: zu niedrige Produktion; zu geringe Faktorpreise (Monopol auf Güter- oder Faktormarkt)
 - → Wettbewerbsrecht als Abhilfe
 - aber Pionierrenten sind erwünscht
 - natürliches Monopol: sinkende DK; hohe Fixkosten und Subadditivität ($K(x_1+x_2) < [K(x_1)+K(x_2)]$) → Reaktionen: Monopolist setzt Preise (→ Wohlfahrtsverluste); Preisregulierung (→ nicht pareto-optimal)

Öffentliche Güter und externe Effekte:

- **Externe Effekte:**
- Durch fehlende Zuweisung von Eigentumsrechten
 - kein Ausschluss: Bsp. Maut auf belebten Straßen sehr teuer
 - nicht rivalisierender Konsum → steigende Skalenerträge im Konsum (Bsp. Verteidigung)
- Problem: eigene wirtschaftliche Betätigung schädigt andere → individuelles Optimum weicht vom sozialen ab
- Technologische (Einfluss in der Nutzen- oder Produktionsfunktion) vs. pekuniäre Externalitäten (Veränderung der Knappheitspreise aufgrund einer NF-Änderung) → nur Betrachtung von technologischen
- Verbundlösung: Fusion
- Steuerlösung nach Pigou:
 - Steuer in Höhe des marginalen Schadens (Ermittlung des gesellschaftlichen und individuellen Grenzschadens schwierig)
 - Dynamische Problem: bei jeder Änderung Anpassung des GG → neu Schätzung von U' und K' notwendig
 - Staat muss sich per trial and error an das Optimum herantasten → Verzerrungen
- Subventionslösung nach Pigou:
 - bei Steuern wird der Verursacher schlechter und alle anderen durch Steuern besser gestellt vs. bei Subventionen alle schlechter, nur der Verursacher besser
 - Mitnahmeeffekte möglich
 - Steuern führen zu Marktaustritten ineffizienter U vs. bei Subventionen bleiben ineffiziente U im Markt → sogar Neueintritte (→ steigende Verschmutzung) möglich
- → Verursacherhaftung: wer Schaden verursacht und damit Verfügungsrechte anderer (z.B. an sauberem Wasser) schädigt, zahlt (keine TAK)
- Verhandlungslösung nach Coase:
 - Schädiger hat Recht zur Verschmutzung
 - Geschädigter bezahlt Schädiger, damit dieser seinen Konsum einschränkt → pareto-optimal, da verhandelt wird, bis $U'=K'$
 - Ressourcenallokation bleibt unbeeinflusst; nur Verteilung von Nutzen und Gewinn sind von Verteilung der Verfügungsrechte und der Verhandlungsmacht berührt
 - funktioniert nur ohne TAK
 - Problem der Verhandlungsfähigkeit großer Gruppen (zudem Trittbrettfahrer)
- Preis- vs. Mengenlösung:
 - Lenkungssteuer: Versuch, sich Pigou über trial and error anzunähern → Schadstoffniveau wird politisch festgelegt, dann Steuer so lange angepasst, bis Ziel erreicht (typische second-best-Lösung)
 - Zertifikatslösung: Schadstoffniveau wird politisch festgelegt → wenn Emissionen beobachtbar, Markt für Schadstoffausstoß schaffen → Wettbewerb um Rechte für Verschmutzung (gesetzlich fixierte Menge) → optimale Allokation und Preise (U mit höherer Grenzproduktivität können mehr verschmutzen; aber Anreize zur Substitution); Problem könnten TAK von Märkten sein
 - Regulierungen: Regelfall der Umweltpolitik; Verbot negativer externer Effekte (nicht unbedingt optimal); Obergrenze für Emissionen pro U (muss nicht effizient sein; unterschiedliche Produktionsbedingungen); dafür niedrige und gleichmäßige Durchführungskosten
- Bsp. Ökosteuer:
 - soll andere Steuern verringern → Verzerrungen (excess burden)
- **Theorie öffentlicher Güter:**
- Allmendegüter: Bereitstellung über Markt nicht möglich → öffentlich oder genossenschaftlich; Suche nach Ausschlussmechanismen

- Clubgüter: K' für zusätzlichen Konsumenten sind 0 → Bereitstellung über Markt zwar möglich, wegen Mehrbenutzung aber nicht effizient
- Reine öffentliche Güter: Bereitstellung nicht über Markt
- Bereitstellung privater Güter: horizontale Addition der NF → gesellschaftliche NF → ein Preis und individuelle Wahl der Menge
- Bereitstellung öffentlicher Güter: vertikale Addition der marginalen Zahlungsbereitschaften → gesellschaftliche NF → eine Menge und jeder zahlt entsprechend seiner Bereitschaft
- → Kritik an Neoklassik: allwissender Planer und keine Berücksichtigung von Trittbrettfahrern
- Samuelson: Bereitstellung öffentlicher Güter optimal, wenn Summe der MZB gleich der sozialen Kosten der Bereitstellung → Problem der Ermittlung der Zahlungsbereitschaften → Menge wird über politischen Prozess bestimmt → Nutzung ist kostenlos, da Finanzierung über Steuern
- → bei bekannten Präferenzen ist individueller Steuerpreis = individuellen U' → Summe der Steuerpreise ist K'
- → Verfahren zur Präferenzfassung: Befragung; direkte, repräsentative Demokratie
- **Clubgüter:**
- Ausschluss; keine Rivalität
- Bereitstellung erfordert Bestimmung der optimalen Menge und Mitglieder
- Buchanan:
 - Summe der individuellen Grenzzraten der Substitution öffentlicher und privater Güter = K' der Produktion eines öffentlichen Gutes in privaten Gütern → optimale Aufteilung der Ressourcen auf öffentliche und private Güter
 - optimale Mitgliederzahl, wenn DK der Bereitstellung des öffentlichen Gutes gleich den Bereitstellungskosten durch ein neues Mitglied sind
- **Fazit:**
- Marktversagen rechtfertigt Staatseingriff → Staat wirklich besser oder Politikversagen
- Marktversagen: Staatseingriff (Verteidigung) oder nicht (Umweltschutz) vs. kein Marktversagen: Staatseingriff (sozialer Wohnungsbau) oder nicht (private Güter)
- **Meritorische Güter:**
- Begründung von Staatseingriff ohne Marktversagen durch meritorische Güter
- Bei gegebener Nutzenfunktion: effiziente Allokation bei $K'=0$ → Offenlegung der Präferenzen → Optimierung bei $K'=U'$; Präferenzgerechtigkeit
- Staat greift in Präferenzen ein: Subvention (z.B. Theater); Steuern (z.B. Alkohol); Verbot (z.B. Drogen)
- Begründung:
 - Auseinanderfallen individueller und sozialer Kosten (z.B. Mineralölsteuer; Drogen)
 - Auseinanderfallen individueller und sozialer Diskontrate (z.B. Sozialversicherung)
 - Erziehung (z.B. Pornographie)
 - Umverteilung (z.B. Schulspeisung)
 - → kein eigener Erklärungsansatz → wann sind individuelle Präferenzen verzerrt und wer bestimmt das?
- Selbstbindung von Individuen, da Willensschwach
- Letztendlich kann Staatshandeln nur unter Berücksichtigung politischen Handelns erklärt werden

Gerechtigkeit und Umverteilung:

- **Verteilung als politisches und ökonomisches Problem:**
- Bisher nur allokative Betrachtung (außer meritorische Güter)

- Fiskalische Maßnahmen haben auch distributive Effekte (z.B. Nutzung öffentlicher Güter oder Belastung externer Effekte durch Ökosteuer)
- Richtung distributiver Effekte allokativer Maßnahmen oft unklar → Untersuchung und eventuell Kompensation negativer Effekte (tatsächlich oder potentiell (Kaldor-Hicks))
- Weitere Ansätze zu staatlicher Tätigkeit: ungerechte Einkommensverteilung; auch zwischen den Generationen
- Ökonomische Theorie der Verteilung:
 - funktionale Einkommensverteilung
 - Entlohnung der PF nach Grenzwertprodukt (gültig nur bei vollkommenen Märkten)
 - Auseinanderfallen von funktionaler und personeller Einkommensverteilung bei Kapitalbesitzern
- Personelle Einkommensverteilung:
 - primär: Marktergebnis
 - sekundär: nach staatlicher Aktivität
 - Umverteilungskriterien werden gesucht (persönliche Leistung; Alter; Geschlecht; Vermögen „verdient“ oder „unverdient“)
- Effizienz der Umverteilung:
 - traditionelle Überlegungen: Geld statt Naturalien (keine Subvention); keine Verzerrung der Allokation; Frage der Arbeitsanreize (Steuer auf Einkommen verzerrt Arbeitsanreiz → bei Substitutions- > Einkommenseffekt → lieber mehr Freizeit)
 - Laffer-Kurve: Steuereinnahmen verhalten sich bei steigendem Steuerbetrag wie umgekehrtes U, da irgendwann Hinterziehung, Schattenwirtschaft oder Abwanderung der PF ins Ausland (nicht nur Arbeits-Freizeit-Entscheidung)
- Politische Probleme:
 - Medianwählermodell (Ausbeutung der Armen und Reichen durch die Mittelschicht)
 - Suche der Bürokraten nach Handlungsspielraum (Abgabe in Naturalien; Erzeugung von Abhängigkeiten) → Interessenkonflikt zwischen Transferempfänger und -geber
- **Gerechtigkeits- und Umverteilungsprinzipien:**
- Ausstattungskriterium:
 - Leistungsprinzip: jeder erhält, was er am Markt verdient (Problem bei Marktmacht)
 - jeder behält, was er bei vollkommener Konkurrenz am Markt erhalten könnte (Problem bei Kapitaleinkünften wegen „unverdientem“ Vermögen)
 - jeder behält das Arbeitseinkommen, das auf vollkommenen Märkten erhalten könnte
 - jeder behält, was er auf vollkommenem Markt bekommen könnte; Startgleichheit vorausgesetzt (Verdienst für hohe Produktivität)
- Nutzenkriterium:
 - Utilitaristen
 - Maximierung der Summe der individuellen Nutzen (aber wie ermitteln)
 - gleiche Nutzenfunktionen → gleiche Einkommensverteilung
 - Lösung unabhängig von Umverteilung?
 - individueller Nutzen hängt auch von der Anzahl der Individuen ab (private Güter) → Messung des Durchschnittsnutzens → Maximierung des Durchschnittseinkommens (optimale Bevölkerungsgröße)
 - kardinale Messbarkeit von Nutzen und interpersoneller Nutzenvergleich so nicht möglich → geht aber durch Politik
- Gerechtigkeitskriterium:
 - Angleichung der Wohlfahrt aller (Egalitarismus): es gibt aber Unterschiede in der Fähigkeit Einkommen zu generieren
 - Gewährleistung der Einkommen bis zu bestimmter Grenze; dann Ausstattungskriterium
 - Sozialstaatsprinzip
- **Theorie der Gerechtigkeit:**

- Einstimmig akzeptierte Werturteile möglich?
 - Naturrecht
 - Gott
 - Einsicht aller vernünftigen Menschen (Habermas)
 - autoritäre Elite
 - demokratisch nicht praktikabel
- Schleier der Unwissenheit: ex-ante-Entscheidungen
- Entscheidungssituation: durch Motivation und Information über Alternativen bestimmt
- Altruistisches Handeln erhält man durch ändern
 - der Motivation (Erziehung zu neuem Menschen; kein Eigennutz): Kant; Habermas
 - der Information (altruistisches Ergebnis bei Eigennutz): Rawls
- Rawls:
 - Individuen kennen alle später zur Verfügung stehenden Positionen (Frage der Wahrscheinlichkeiten)
 - Motivation: gegenseitig desinteressiertes rationales Verhalten
 - Maximierung des Durchschnittsnutzens
- Harsanyi: nicht risikoavers; Kenntnis der Verteilung der späteren Positionen; aber Behauptung der allgemeinen Akzeptanz eines Verteilungskriteriums
- Praktische Relevanz:
 - Regelgerechtigkeit (Problemlösung bei Verteilungsfragen, wenn konkrete Betroffenheit nicht ersichtlich)
 - einstimmige Einigung auf eine Regel; deren Befolgung (Prozessgerechtigkeit wichtig)
- Konzept des Grundkonsenses:
 - eigentliche Verfassung
 - Menschenrechte; Minderheitenschutz; Einstimmigkeit
 - über Entscheidungsregeln kann man sich oft einigen → erleichtert Entscheidungen
- **Gründe für Umverteilung:**
- Freiwillig: Altruismus; Prestige oder Geben als Befriedigung; Umverteilung als Versicherung gegen Kriminalität und für sozialen Frieden; Versicherungsmotiv (wenn man befürchtet, selbst in unglückliche Lage zu kommen (Krankheit; Arbeitslosigkeit)) → Altruismus erfordert kein staatliches Handeln, die anderen Gründe schon, dort aber Gefahr von Trittbrettfahrern
- Freiwillig auf der Basis des Grundkonsenses: Umverteilung aus fundamentaler Unsicherheit heraus → Versicherung
- Ergebnis demokratischer Prozesse: Medianwähler (Downs) setzt sich durch (bei zwei Parteien oder direkter Demokratie) → keine eindeutige stabile Lösung (Koalitionen können sich immer ändern; Spiel mit unendlich Zügen); Gruppe mit höherem Koalitionspotential gewinnt eher
- Prognosen: Downs (reich zu arm); Stigler (zur Mitte); neue Linke (arm zu reich)
- Rent-Seeking:
 - Interessengruppen versuchen Einfluss zu nehmen (z.B. Monopole; Regulierungen)
 - eingesetzte Ressourcen werden aus produktiver Verwendung abgezogen → Verschlechterung gemäß Pareto; Schädlichkeit als Funktion des Wettbewerbs zwischen Interessengruppen
 - Repräsentanten versuchen sich Rente anzueignen
- **Umverteilung und Wirtschaftswachstum:**
- Verminderung der Leistungsanreize (Besteuerung senkt Grenznutzen des Einkommens; Abwanderung in Schattenwirtschaft) Substitutions- vs. Einkommenseffekt → Einkommenseffekt dominiert → ArbeitsAN steigt; freiwillige Umverteilung muss Wohlfahrt nicht beeinflussen, da individuelle Nutzenfunktion von mehr als Gütern abhängt
- Senkung des Produktionspotentials: Kriminalität; Revolution; Streik; Neid

- Umverteilung kann positiv oder negativ auf Wachstum wirken
- Empirie: je ungleicher primäre Einkommensverteilung → desto geringer das Wirtschaftswachstum

Das Wachstum der Staatsausgaben:

- Staatstätigkeit (externe Effekte; öffentliche Güter; natürliche Monopole; Umverteilung) → Staatstätigkeit (Ausgaben; Einnahmen; Regulierung) stark zunehmend seit Ende WWII
- **Das Wagner'sche Gesetz:**
- Ausdehnung der Staatstätigkeit
- Messung: Anteil öffentlicher Ausgaben am BIP (alle Körperschaften; Güter und Dienste; Transfers wichtig; Problem: Inputmessung, da Output oft nicht möglich)
- Empirische Untersuchung:
 - Expansion ist nicht stetig (aber Tendenz); bis WWI relativ konstant → Anstieg in den Kriegen → Absinken auf höheres als Vorkriegsniveau (Militärausgaben sinken wieder völlig; zivile Ausgaben steigen vermutlich wegen Kriegsfolgen; in neutralen Staaten steigen Ausgaben ebenfalls: indirekte Kriegsbelastung?)
 - verdeckter Staatsbedarf: Leistungen für den Staat werden ungenügend entlohnt (Wehrpflicht; Belastung durch Statistiken)
- Begründung für steigenden Staatsanteil laut Wagner:
 - Rechts- und Machtzweck (steigende Komplexität)
 - Kultur- und Wohlfahrtszweck: Bildung; Gesundheit; Sozialfürsorge (steigende NF; Einkommenselastizität der NF nach öffentlichen Güter ist > 1)
- **Der Niveaushiftungseffekt:** (Peacock und Wiseman)
- Anstieg in Kriegszeiten ohne völlige Rückführung als Ausgangspunkt
- Steuerwiderstand der Bevölkerung; Steuern aber notwendig zur Ausweitung → Krieg als außergewöhnlicher Zustand → Steuererhöhungen → Staatshandeln scheint nötig → dann Kriegsfolgelasten → Bürger gewöhnen sich an höhere Steuern → Steuerniveau bleibt hoch
- Problem: warum existiert Steuerwiderstand; wieso Trend zu wachsender Staatstätigkeit auch in Friedenszeiten?
- **Baumols ungleichgewichtiges Wachstum:**
- Staat stellt Dienstleistungen mit geringer Arbeitsproduktivität bereit
- Modell:
 - unterschiedliches Wachstum bei Arbeitsproduktivität; konstanter Output
 - es wandern immer mehr Ressourcen in den Bereich niedrigerer Produktivität → steigender Input in den Staatssektor bei gleichem Output
 - Rationalisierung nur sehr beschränkt möglich; im privaten Sektor werden Lohn- durch Produktivitätssteigerungen ausgeglichen → bei gleichen Lohnsteigerungen → wachsender Staatssektor
- Kritik:
 - IT erlaubt Steigerung der Produktivität bei Dienstleistungen
 - Verteidigung und Verkehr sind kapitalintensiv
 - Steigerung der Staatsausgaben bei Steuerpreiselastizität < 1
- **Timm's Ansatz des Staatsausgabenwachstums:**
- Anstieg der Staatsausgaben für Industrialisierung, Energie, Verkehr, Regelungen von Privataktivitäten durch Staatskontrolle (Verkehr, Monopole), soziale Sicherheit, Gesundheit, Erziehung, Bildung
- Bis WWI absoluter, aber kein relativer Anstieg; später auch relativer Anstieg
- NF nach öffentlichen Gütern hat Einkommenselastizität > 1 (Wagner) → aber zeitliche Verzögerung (Demokratie) bis zur Artikulation, dann überproportionaler Anstieg
- Kritik: wenig Theorie; ex-post-Betrachtung; teilweise Bestätigung von Wagners Gesetz; keine Voraussagen; Verhaltenshypothesen wenig entwickelt

- **Das Gesetz von Popitz:**
- Gesetz der Anziehungskraft des übergeordneten Haushaltes
- Ursachen: Einfluss der Zentralisten; Militärausgaben und Kriegsfolgelasten; Strukturwandel (zusätzliche Anforderungen an Gemeinden → ungenügende Finanzausstattung → Eingriff übergeordneter Ebene); Globalisierung (Evidenz: je offener VW → desto höhere Staatsausgaben → Staat muss Globalisierungsverlierer kompensieren)
- **Das Brecht'sche Gesetz:**
- Öffentliche Ausgaben abhängig von Zentralisierungsgrad Bevölkerung (Agglomeration)
- Gründe: zusätzliche staatliche Dienstleistungen (Verkehr; Abnahme der informellen sozialen Kontrolle → Polizei; hauptberufliche Verwaltung); zusätzliche Bedürfnisse in Kultur, Bildung, Gesundheit; steigende Bodenpreise; höherer Lebensstandard → höhere NF nach öffentlichen Gütern; soziale Zusatzlasten durch externe Effekte privater Aktivität (Umweltschutz)
- Probleme: Nichtrivalität im Konsum → DK öffentlicher Güter umso niedriger, je mehr Personen sie nutzen
- **Die empirische Evidenz:**
- Gesetze wenig aussagekräftig: nur Anhaltspunkte; keine Theorie
- Wachstum und Konzentration öffentlicher Ausgaben gehen mit geänderter Struktur einher: Anteil der Investitionen sinkt; Anteil der Transfers, der Bildung und des öffentlichen Konsums steigt; Verwaltung und Militär konstant → Erklärung unklar (steigende Einkommen erhöhen NF nach Umverteilung, sinkender U' des Einkommens?) → Politökonomie könnte helfen
- Staatsausgaben abhängig von Bevölkerungsgröße, Steuerpreis und Einkommen als Modell → weniger als die Hälfte der Staatsausgaben lassen sich damit erklären

Positive Theorien der Staatsausgaben:

- **Das Lindahl'sche Modell:**
- Kollektive Maßnahmen für öffentliche Güter und Reduktion externer Effekte notwendig
- In großen Gruppen Trittbrettfahrerproblem
- In kleinen Gruppen könnte es Rückwirkungen durch Senkung des öffentlichen AN geben → Verhandlung über Beiträge → Ergebnis je nach Präferenz (instabil)
- **Das Budget in der direkten Demokratie:**
- Medianwählermodell:
- Annahmen: Stimmbürger sind zugleich Nutzer und Steuerzahler; 10%ige Wahlbeteiligung; Kostenaufteilung ist vorher geregelt; Budgetdeckung; über jede Vorlage wird separat abgestimmt; eingipflige Präferenzen; einfache Mehrheit; keine Koalitionen wegen TAK)
- → muss kein Paretooptimum sein, braucht direkte Demokratie, andere Mehrheitsregeln liefern auch stabile Ergebnisse
- mehrgipflige Präferenzen: je vielgestaltiger die Präferenzen sind, desto mehr ist mit zyklischen Mehrheiten zu rechnen (gar keine Zyklen nur bei gleichen Präferenzen; bei Verteilungsfragen sind Zyklen sehr wahrscheinlich, da Mehrheiten instabil (dauernde Verhandlungen, wie bei Junta))
- **Das Budget in der repräsentativen Demokratie:**
- 1. Downs: Medianwählermodell auch in repräsentativer Demokratie: Eindimensionale Parteiprogramme → eingipflige Präferenzen; zwei Parteien; Politiker maximieren Stimmen; vollständige Information; permanente Wahlen mit 100%iger Wahlbeteiligung;
- 2. Bei mehrdimensionalen Entscheidungen: Matrix mit Entscheidung 1 und 2 → jeder hat einen Punkt als Ideal und Kreise drum herum → Schnittpunkte bzw. Linien zwischen Schnittpunkten sind als Lösung möglich
- 3. Marktansatz: AN = NF bei öffentlichen Gütern
- NF-Seite: Wagner, Peacock und Wiseman, Umverteilung bei Median- <

- Durchschnittseinkommen, Umverteilung durch Interessengruppen; Fiskalillusion (Bürger unterschätzen Belastung durch indirekte Steuern; Steuerprogression durch Inflation; Komplexität des Steuersystems); mehr Absicherung wegen Globalisierung
- AN-Seite: Baumol; Agglomerationskosten (Brecht); Niskanen (Bürokratie maximiert Budget durch asymmetrische Information → Bürokratie macht AN, was Politik annimmt oder ablehnt; Output zu hoch und Ineffizienz durch zu viel Personal, Dienstwagen etc.); Politiker als Stimmenmaximierer (Stimmentausch: ich unterstütze dein Projekt und du meines; Ausgaben gegen Arbeitslosigkeit kurz vor Wahlen und Inflationsbekämpfung danach, dazwischen Verfolgung ideologischer Ziele → politische Konjunkturzyklen)
 - Interessengruppen:
 - am besten klein und mit homogenen Präferenzen
 - Becker: vollständiger Wettbewerb zwischen Interessengruppen; Gruppen mit höherer Lobbyeffizienz senken ihre Steuerlast bzw. erhöhen Transfers
 - Rent-Seeking: unvollständiger Wettbewerb bei asymmetrischer Information; stabile institutionelle Rahmenbedingungen erlauben Gruppenbildung (Vertrauen mindert Trittbrettfahrerproblem) → Zahl und Macht der Interessengruppen wächst → mehr Stimmentauschgeschäfte → höhere Staatsausgaben → Umverteilung verschlechtert wirtschaftliche Entwicklung
 - Empirie:
 - NF nach Umverteilung: steigendes Verhältnis von Durchschnitts- zu Medianeinkommen → steigende Gemeindeausgaben (Feld)
 - Interessengruppen: besonders alte und junge als Einflussgruppen (Feld); je mehr Interessengruppen, desto mehr Staatsausgaben; aber schwach
 - Fiskalillusion: Komplexität des Steuersystems und Sichtbarkeit der Ausgaben erhöhen Fiskalillusion und Staatsausgaben (gut abgesichert)
 - Bürokraten: Größe der Verwaltung zur Bevölkerung hat keinen Einfluss
 - Politiker: Ideologie wichtig; politische Konjunkturzyklen gut belegt; Stimmentausch kaum untersucht; Koalitionen und Einigkeit in der Regierung wichtig
 - Zentralisierung: niedrigere Staatsausgaben bei Föderalismus unklar
 - **Die Rolle von Budgetinstitutionen:**
 - Politischer Prozess führt zu höheren Staatsausgaben, als Bürger dies wünschen → wie beschränken? Immer Frage der Durchsetzbarkeit gegenüber Politikern
 - Formale fiskalische Beschränkungen möglich: quantitativ (Maastricht); Proposition 13
 - Rolle des Budgetierungsprozesses: top down (starke Person legt Höhe fest und verteilt auf Ressorts) statt bottom up
 - ZBB
 - Rolle der politischen Führung (präsidiale vs. parlamentarische Demokratie)
 - Fragmentierung der Regierung (Mehrheits- vs. Verhältniswahlrecht)
 - Direkte Demokratie: Verknüpfung von Ausgaben zu Einnahmen → Ausgaben bei obligatorischem Finanzreferendum < als bei fakultativem < repräsentativer Demokratie
 - Empirische Evidenz:
 - formale Beschränkungen reduzieren Staatsausgaben bei unabhängiger Justiz
 - starker Finanzminister (starke Person) → gesündere Finanzen
 - ZBB: unklar
 - direkte Demokratie: Staatsausgaben bei Finanzreferendum niedriger (Schweiz deutlich, USA etwas; andere Institutionen scheinen wichtig)
 - niedrigere Ausgaben in präsidialer Demokratie

Staatsverschuldung:

- Messung:
 - Nettoneuverschuldung $D' = \text{laufende Staatsausgaben } G - \text{Einnahmen } T$

- Schuldenstand D als summierte Nettoneuverschuldung
- Bruttoneuverschuldung erfordert Schuldenmanagement (auch zur Minimierung der Zinslast und Verschaffung von Liquidität)
- Finanzschulden sind explizite Schulden; implizite Schulden, die nicht durch Steuern oder Beiträge gedeckt sind (z.B. Rentenversprechen; Staatsschuld zu Lasten zukünftiger Generationen; Generationenbilanzen → Barwerte → Verteilung auf einzelne Kohorten)
- Grenzen der Staatsverschuldung:
 - langfristig müssen Zinszahlungen des Staates aus dem BIP beglichen werden
 - Staatsschuld kann nicht stärker wachsen als BIP
- Tragbarkeit der Staatsverschuldung:
 - Zu-/Abnahme der Schuldenquote abhängig von Primärdefizit, Zinssatz, Inflation, BIP-Wachstum, Anteil der Zentralbankfinanzierung
 - ist Zinssatz gleich BIP-Wachstum, muss das Primärdefizit ausgeglichen sein, damit die Schuld aus dem Wirtschaftswachstum finanziert wird (ist Zinssatz > BIP-Wachstum → Primärüberschuss ist notwendig)
 - Notenbankfinanzierung und Inflation senken Staatsschuld
 - aber nur Überraschungsinflation, da sonst im Zinssatz enthalten
 - Hyperinflation untergräbt Vertrauen in Staat als Schuldner
- **Die Lastenverschiebungsdiskussion:**
- Ist eine Lastverschiebung in die Zukunft möglich?
- Ricardo-Barro-Äquivalenztheorem:
 - Wohlfahrt der Bürger durch Finanzierungsart unbeeinflusst
 - Bürger können Besteuerung sowieso nicht umgehen (Steuersenkung durch Schulden finanziert → Steuererhöhung später)
 - bei vollständigem Kapitalmarkt: staatlicher Zins gleich privater Diskontfaktor
 - Verschuldet sich der Staat, sparen Bürger, um spätere Steuererhöhung zahlen zu können (z.B. Kauf der entsprechenden Staatsanleihe)
 - Annahmen: perfekter Kapitalmarkt; Finanzierung staatlicher Ausgaben nur über Pauschalsteuern; unendlich langer Zeithorizont der Individuen; rationale Erwartung bezüglich zukünftiger Steuern; Staatsausgaben folgen fest vorgegebenem Zeitplan
- Buchanan: Aufhebung des Zeithorizontes → Individuen sparen nicht mehr vollen Betrag → höherer Konsum heute → Zwangstransfer von heutiger in zukünftige Generation
- Lerner: Verschuldung verdrängt private NF heute → keine Lastverschiebung
- Modigliani: Verdrängung privater Investitionen → zukünftige Generation erbt kleineren Kapitalstock → Lastverschiebung
- → intertemporale Lastverschiebung ist umstritten: innerhalb einer Generation profitieren Kapitalgeber, Konsumenten und Transferbezieher; Kapitalnehmer (besonders kleine Schuldner) und Bodenbesitzer verlieren wegen Verdrängungseffekt
- **Gründe für Staatsverschuldung:**
- Traditionelle Begründung:
 - Keynes: deficit spending
 - öffentliche Investitionen: Kapitalgüter (Infrastruktur) geben Nutzen über die Zeit ab; auch zukünftige Generationen sollen zahlen (intertemporale Äquivalenz)
 - Stellvertretertheorie der Staatsverschuldung: private können oder wollen keine Investitionen in Infrastruktur vornehmen (verzerrte private Diskontrate) → Marktversagen wird durch Staat ausgeglichen → aufgrund der höheren Bonität des Staates sind die Zinsen niedriger; wegen unvollkommener Kapitalmärkte keine Gültigkeit des Ricardo-Barro-Äquivalenztheorems
- Die Steuerglättungstheorie der Staatsverschuldung (Barro):
 - Verzerrende Steuersätze werden erhoben → Zusatzlast der Besteuerung nimmt mit steigenden Steuersätzen überproportional zu

- Optimale Staatsverschuldung durch intertemporale Minimierung der Zusatzlast (kurzfristige Inkaufnahme von Defiziten und Überschüssen)
- Keine kurzfristigen Steuersatzänderungen
- Budgetdefizite, wenn Staatsausgaben schneller als -einnahmen wachsen
- Langsamer Abbau der ererbten Schulden, um Zusatzlast zu verringern
- → erklärt Verschuldung in OECD-Staaten nicht vollständig (Ölpreisschock ja; Unterschiede und heutige Verschuldung nein)
- Traditionelle Ansätze erklären Verschuldung nicht
- **Polit-ökonomische Ansätze:**
- Fiskalillusion (Buchanan; Wagner):
 - Staatsverschuldung täuscht Bürger über tatsächliche Steuerlast → fehlerhafte Einschätzung der Preise für öffentliche Güter
 - wenn Lastverschiebung möglich → Präferenz für Verschuldung (Kurzsichtigkeit und Irrationalität der Wähler)
 - Unterschiede zwischen Ländern unklar
- Ideologieansatz: linke Regierungen verschulden sich angeblich stärker → nein
- Zeitinkonsistenz: Politiker mögen Schulden, da keine Steuererhöhung → Staatsschuld höher als langfristig gewünscht (auch hier keine Erklärung der Unterschiede zwischen Ländern)
- Strategic Debt Modelle: Regierungen versuchen Spielraum ihrer Nachfolger durch Schulden einzuschränken, wenn sie ihre Wiederwahl stark gefährdet sieht → häufigere Regierungswechsel → höhere Staatsschuld (empirisch für OECD erhärtet)
- Verteilungskonflikte: Meinungsverschiedenheiten zwischen Entscheidungsträgern → je mehr Koalitionspartner → desto höher die Staatsschulden → Erklärung der Länderunterschiede (häufige Koalitionsregierungen in den 80/90ern, als auch Schulden stark stiegen)
- Fiscal Commons: Übernutzung der fiskalischen Ressourcen, da jeder seinen Wahlkreis beglücken will → Allmendeproblem (rivalisierende Nutzung, aber Ausschluss nur schwer möglich); Lobbying eines Abgeordneten für ein neues Projekt erhöht dessen Wählerstimmen; keine Ausrichtung am Grenzertrag; externe Kosten für das Land